

## "Unterhaus beschließt Englands EWG-Beitritt" in Süddeutsche Zeitung (28. Oktober 1971)

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier Hans ; Herausgeber Heigert H. 29.10.1971, n° 259. München: Süddeutscher Verlag GmbH. "Unterhaus beschließt Englands EWG-Beitritt", auteur:Schröder, Dieter , p. 1; 2.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/unterhaus\\_beschlie%C3%9Ft\\_englands\\_ewg\\_beitritt\\_in\\_suddeutsche\\_zeitung\\_28\\_oktober\\_1971-de-a0f374be-145b-43d0-b457-3d31d54e6c0c.html](http://www.cvce.eu/obj/unterhaus_beschlie%C3%9Ft_englands_ewg_beitritt_in_suddeutsche_zeitung_28_oktober_1971-de-a0f374be-145b-43d0-b457-3d31d54e6c0c.html)

**Publication date:** 13/09/2013

Mit 356 gegen 244 Stimmen

## Unterhaus beschließt Englands EWG-Beitritt

**Nach sechstägiger Debatte ist am Donnerstag um 22 Uhr die historische Entscheidung gefallen / Auch Oberhaus stimmt zu**

Von unserem Korrespondenten Dieter Schröder

**London, 28. Oktober - Mit der unerwartet hohen Mehrheit von 112 Stimmen entschied sich das britische Unterhaus am Donnerstag kurz nach 22 Uhr in seiner historischen Abstimmung für den Eintritt in die EWG. 356 Abgeordnete stimmten mit Ja, 244 waren dagegen. 23 Abgeordnete enthielten sich der Stimme oder waren der Abstimmung ferngeblieben. Vorher hatte sich bereits das Oberhaus mit 451 Jastimmen gegen 58 Neinstimmen für den Eintritt Großbritanniens in die EWG ausgesprochen. Die Entscheidung des Unterhauses wurde von den EWG-Freunden mit großem Jubel aufgenommen. Das günstige Ergebnis kam zustande, weil 69 Labour-Abgeordnete mit der Regierung stimmten und weil sich 19 Oppositionsabgeordnete der Stimme enthielten. Ohne diese beträchtliche Unterstützung durch die Pro-Europäer der Labour Partei hätte die Regierung nicht die Zustimmung des Unterhauses erhalten, da sich 39 konservative Rebellen mit ihrer Stimme gegen den Eintritt ausgesprochen haben. Sie allein hätten die Mehrheit der Regierung in Frage gestellt.**

Wie erwartet stimmten die Pro-Europäer der Labour Partei, an ihrer Spitze der stellvertretende Parteivorsitzende Jenkins, der Schatten-Verteidigungsminister Thomson und Europasprecher Lever, mit der Regierung. Für den EWG-Eintritt stimmten auch fünf der sechs liberalen Abgeordneten.

Nach der Abstimmung veröffentlichte Premierminister Heath eine Erklärung, in der es heißt, die historische Entscheidung" sei gefallen, das britische Volk nehme die Herausforderung an. Die Entscheidung sei mit einer klaren Mehrheit der gewählten Repräsentanten des Volkes getroffen worden, die unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit die Überzeugung teilen, daß die Entscheidung richtig für Großbritannien sei. Es sei das Ergebnis jahrelanger geduldiger Verhandlungen der aufeinanderfolgenden Regierungen beider Parteien. Damit sei eine zehnjährige Debatte beendet. Großbritannien sei nun bereit, den ersten Schritt in eine neue Welt voller neuer Möglichkeiten" zu tun. Das britische Volk müsse sich nun voller Selbstvertrauen, Stolz und Stärke zeigen.

Vor der Abstimmung hatte Heath noch einmal an die Abgeordneten appelliert Ja zur EWG zu sagen und Großbritannien nicht in die Isolierung zu drängen. Nur als Mitglied des Gemeinsamen Marktes könne es Entscheidungen beeinflussen, die sein Schicksal für die kommende Generation bestimmen würden. Die Bedingungen seien besser als zu Beginn der Verhandlungen hätte angenommen werden können. Für die Opposition hatte der Schatteninnenminister Callaghan der Regierung noch einmal das Mandat für den Eintritt in die EWG abgesprochen. Es sei der Regierung nicht gelungen, die Unterstützung der Öffentlichkeit für ihre Politik zu gewinnen.

Zum Abschluß der sechstägigen Debatte hatte der Labour-Fraktionsvorsitzende Houghson bei der Begründung seiner Haltung klargemacht, daß er nur bei der prinzipiellen Abstimmung mit der Regierung gehen könne, weil er stets für den EWG-Beitritt gewesen sei. Danach müsse sich die Regierung bei der Anpassungs-Gesetzgebung jedoch auf ihre eigene Mehrheit stützen. Eine Regierung, die ihre eigene Gesetzgebung nicht ohne Hilfe der Opposition durchbringen könne, müsse abtreten.

Als Senior der Fraktion konnte er mit seiner Erklärung einige schwankende Pro-Europäer der Partei doch noch dazu bringen mit Ja zu stimmen. Seine Entscheidung hatte um so mehr Gewicht, als er bisher als ein strenger Verfechter der Fraktionsdisziplin galt.

Daß sich die führenden Parteipolitiker schon jetzt auf die Aufgabe einstellen, die Partei nach der Abstimmung wieder zu einigen, zeigte auch eine Abstimmung im Labour-Parteivorstand. Es ging dabei um einen Versuch des linken Flügels einen Unterhaus-Antrag einzubringen, in dem der Sturz der Regierung und

eine Neuwahl gefordert wird. Der Vorstand einigte sich zwar mit einer beträchtlichen Mehrheit für die Einbringung eines solchen Antrages, es fiel aber auf, daß bisher so eloquenten EWG-Gegner wie Callaghan und Healey dagegen stimmten. Beide waren der Meinung, daß ein solcher Antrag die Spaltung der Partei nur vertiefen könnte. Die vorsichtige Haltung dieser beiden Labour-Politiker zeigt auch, wie stark der pro-europäische Flügel der Labour Partei immer noch ist.

In der Debatte kam es am Mittwochabend noch einmal zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Schatzkanzler Barber und Oppositionsführer Wilson. Barber hatte Wilson vorgeworfen, daß niemand in Europa verstehen könne, warum sich der Labour-Führer durch seinen Meinungswechsel in Sachen EWG so tief unter "das Niveau eines Staatsmannes" begeben habe. Barber war überzeugt, daß der Beitritt sich zugunsten Großbritanniens auswirken werden. Der Schatten-Technologieminister Benn bezweifelte dies dagegen für die Labour Partei. Er sprach auch von einem Schlag gegen die britische Demokratie, wenn das Unterhaus die Bevölkerung gegen ihren Willen in die EWG führe. Handelsminister Davies versicherte dem Unterhaus, daß die EWG kein Recht habe, die britische Regierung an einer eigenen Regionalpolitik zu hindern.

Mit einer scharfen Attacke auf die von der konservativen Regierung ausgehandelten EWG-Beitrittsbedingungen eröffnete der britische Oppositionsführer Wilson am Donnerstag den letzten Tag der EWG-Debatte des Unterhauses. Er nannte die Bedingungen ein "Diktat des Elysee-Palastes". Die EWG-Agrarpolitik belaste die britische Zahlungsbilanz und führe zu steigenden Lebensmittelpreisen.

Schon bei der Vorlage seines Beitrittsantrages im Jahre 1967 habe er (Wilson war damals Premierminister) erklärt, daß die Belastungen der EWG-Agrarpolitik Großbritannien "in Fairness nicht zugemutet werden könnten". Die unerträgliche Bürde für die britische Zahlungsbilanz werde außerdem zum Ansteigen der Arbeitslosigkeit beitragen.

Wilson ermahnte das Unterhaus, daß es seine Entscheidung über den Eintritt in die EWG ohne die Zustimmung des britischen Volkes fallen werde, das trotz der "teuersten Public-Relations-Kampagne in der Geschichte" der EWG-Mitgliedschaft ablehnend gegenüberstehe. Es handle sich um eine Konfrontation zwischen dem Establishment und dem britischen Volk, die fortbestehen werde. Die Abstimmung sei nicht das Ende, sondern nur ein Anfang.

### **Wilson kündigt Obstruktionspolitik an**

Sorgfältig vermied Wilson, eine zukünftige Labour-Regierung auf einen Austritt aus der EWG festzulegen. Über ihre Haltung sagte er, sie werde unmittelbar nach ihrem Amtsantritt der EWG mitteilen, daß sie die Bedingungen nicht akzeptieren könne und neue Verhandlungen, insbesondere über die Agrarpolitik und die Sonderregelungen für das Commonwealth verlangen.

Sollte die EWG derartige Verhandlungen verweigern, würde die Labour-Regierung freundlich klarstellen, daß sie, ebenso wie es die französische Regierung schon getan habe, an einer aktiven Zusammenarbeit nicht interessiert sei, sondern nur daran, Großbritanniens Interessen solange zu verfolgen bis sie annehmbare Bedingungen erhalte. Die EWG könne dies hinnehmen oder auch nicht. Es sei dann ihre Sache, zu entscheiden, was sie tun wolle.

Für die Erklärung erhielt Wilson lauten Beifall aus den eigenen Reihen. Innenminister Maudling warf Wilson vor, daß alle sein Vorbehalte gegen die Bedingungen grundlos seien, da die konservative Regierung alle jene Interessen Großbritanniens und des Commonwealth gewahrt habe, die von Wilson als Vorbedingung für einen Eintritt genannt worden seien. Wenn Großbritannien der EWG den Rücken kehre, werde es nicht nur Westeuropa erschüttern, sondern seinen Freunden in der EWG einen beträchtlichen Schock zufügen.

### **Brandt: Ein großer Tag**

In einer ersten Stellungnahme sagte Bundeskanzler Brandt zum Ergebnis der Abstimmung: Es war ein

großer Tag". Die Mitgliedschaft werde nicht nur gut für England selbst, sondern auch für ganz Europa sein. Es ist eine große Chance für uns alle", erklärte der Kanzler.

Außenminister Scheel sagte, mit der Entscheidung sei ein wichtiger Meilenstein auf dem langen Weg Großbritanniens in die EWG erreicht worden. Die Bundesregierung sehe sich dadurch in ihrer Politik, die auf die Erweiterung der Gemeinschaften gerichtet war, bestätigt.

### **Brüssel: Fortschritt im Aufbauwerk**

Brüssel (dpa)

In einem Communiqué brachte die Europäische Kommission ihre große Genugtuung" über die Unterhaus-Entscheidung zum Ausdruck. Sie nannte sie einen Beschluß von historischer Tragweite". Er sei "ein entscheidender Fortschritt im europäischen Aufbauwerk, denn er dient sowohl den Interessen aller Mitglieder der erweiterten Gemeinschaft als auch denen ganz Europas, das nunmehr besser die ihm gebührende Rolle in der Welt spielen kann".